

Wie aus Nordafrika ein Stabilitätsanker wird

Nordafrika muss ein integraler Teil der europäischen Interessenpolitik werden. Dabei bedeutet Interessenpolitik nicht, einseitig Vorteile zu erwerben, also Flüchtlinge nicht über das Meer kommen zu lassen und den Terrorismus dort zu bekämpfen – uns also die Probleme vom Hals zu halten. Strategische Außenpolitik sollte über solche begründete Sicherheitsinteressen hinausgehen. Dazu ist ein breiter Ansatz erforderlich, mit Elementen der Handelspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit und der auswärtigen Kulturpolitik.

Das Römische Reich hatte einen Kultur- und Herrschaftsraum geschaffen, in dem das Mittelmeer natürliche Grenze und Verbindung nach Europa war. Europa gehört seit Jahrtausenden zur Identität Nordafrikas. In der vernetzten Welt von heute sollte das Mittelmeer nicht als Grenze für eine Abschottung dienen. Ein Miteinander ist in beidseitigem Interesse. Denn die Mittelmeerländer des Maghreb wollen wirtschaftliche Prosperität – durch den Abbau von Handelsbarrieren, durch die Mobilität von Fachkräften und Jungakademikern sowie durch Städte- und Hochschulpartnerschaften.

Eine dauerhafte, fruchtbare und glaubwürdige Kooperation erfordert ein starkes europäisches – und damit auch deutsches – Engagement. Gestoppt werden muss die Erosion der Staatlichkeit, da sie die politische und soziale Stabilität gefährdet; abkehren müssen wir uns vom Peripherie-Denken. Zu lange ignorierte die deutsche Politik, woran uns Italien erinnert: Die Stabilisierung Nordafrikas und der Subsahara-Region ist eine gemeinsame europäische Aufgabe.

Es ist keine Option mehr, Verantwortung und sicherheitspolitische Aufgaben auszulagern und von sich zu schieben. Terror und politische Instabilität bedrohen diese Region – und auch uns. Allein können diese Staaten nicht dem IS und

anderen militanten Bewegungen entgentreten. Wir sollten sie dazu ertüchtigen. Der Schlüssel für Nordafrika und insbesondere den Maghreb ist Libyen. Um dort das staatliche Gewaltmonopol schrittweise zurückzuerlangen, sind eine Ausbildungsmission von Militär- und Polizeikräften erforderlich sowie die Grenzsicherung durch technisches Knowhow. Dazu gehört eine gemeinsame strategische Planung in einem EU-Hauptquartier und eine strukturierte Zusammenarbeit auf herausgehobenen verteidigungspolitischen Feldern – wie beim Sanitätsdienst, der Logistik und der Satellitenaufklärung. Eine EU-Task-Force im Maghreb und in Afrika südlich der Sahara könnte Weißhelme einsetzen, bestehend aus Entwicklungshelfern, Polizisten, Pädagogen, Medizinerinnen und Zivildienstleistenden.

Ägypten, der Nachbar Libyens, wurde durch die Machtübernahme des Militärs ein Pulverfass für soziale und ethnische Konflikte. Risiken für Libyen sind eine voranschreitende Militarisierung, eine gesellschaftliche Polarisierung und fehlende Innovationskraft, so dass die Jugend keine Chancen sieht. Alarmiert ist auch Tunesien, das durch IS-Ausläufer bedroht ist. In diesem Kontext beugte in Libyen eine umfassende zivile und sicherheitspolitische Ertüchtigungsstrategie einer regionalen Kettenreaktion vor, die bis nach Marokko reichen könnte. Die Konsequenzen wären desaströs.

Gebot der Stunde ist daher ein gezieltes Angebot, um Libyen durch Sicherheitseinsätze zu stabilisieren. Die libysche Zentralregierung, die Stämme und Milizen, die in das Patronagesystem Gaddafis eingebunden waren, müssen einen Anreiz für Frieden und das Ablassen krimineller Geschäftspraktiken wie den Menschensmuggel erhalten. Erste Schritte sind die Herstellung der öffentlichen Ordnung und Vereinbarungen mit

der Zentralregierung. Die Bevölkerung würde materiell profitieren, die neue Einheitsregierung würde mehr Legitimität genießen, Libyen würde stabiler.

So sähe eine Regionalstrategie der EU aus, um Nordafrika eine wirtschaftliche Prosperität zu ermöglichen. Die Region muss durch das Einhegen staatlicher Instabilität zu einer engen wirtschaftspolitischen Kooperation mit Europa finden; Infrastrukturprojekte in Häfen und Schienennetze müssen den Wirtschaftsraum Nordafrikas verflechten. Die EU sollte diese Projekte fördern und die Staaten ermutigen, untereinander enger zusammenzuarbeiten. Bilateral können Städte- und Hochschulpartnerschaften den Handel mit Europa beleben und die urbanen Regionen stärken, in denen Gastarbeiter aus der Subsahara gebraucht werden. Das würde den Anreiz für eine Migration nach Europa deutlich verringern. Zudem muss die Schwemme mit Kleinwaffen eingedämmt werden. Auf der Hand liegt, dass in Libyen bei sechs Millionen Einwohnern und 20 Millionen Kleinwaffen Konflikte gewalttätig ausgetragen werden, was die Entwicklung der Region hemmt. Regional kann Vertrauensbildung kann nach dem Vorbild der OSZE erfolgen.

Europa muss Schritte nach vorn wagen und sich eng abgestimmt in Libyen engagieren. Europa und Nordafrika befinden sich in wechselseitiger Abhängigkeit. Eine sichere Zukunft ist nur bei einer übergreifenden Partnerschaft möglich. Dann wäre Nordafrika nicht länger Peripherie, sondern wäre im Kern sicherheitspolitischen Denkens und Handelns Europas angekommen. Es wäre ein stabiler Anker des afrikanischen Kontinents.

Roderich Kiesewetter ist Obmann für Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. **Paolo Alli** ist Mitglied in der Fraktion Nuovo Centrodestra (NCD) der italienischen Abgeordnetenkammer.